

Über 160 Parlamentarier setzen sich für ein Ja zum Schweizer CO₂-Gesetz ein

Referendum Über 160 Parlamentarier, mehr als 90 zivilgesellschaftliche Organisationen und 200 Unternehmen steigen gemeinsam in den Abstimmungskampf. Klimaschutz heisst für sie Ja zum revidierten CO₂-Gesetz.

Ein Schweizer Wegweiser in gelber Farbe mit der Aufschrift «Klimaschutz» ist das Sujet einer breiten Allianz für das CO₂-Gesetz, über das am 13. Juni abgestimmt wird. «Der Wegweiser symbolisiert den typischen Schweizer Weg», sagte FDP-Ständerat Damian Müller (AG) am Dienstag vor den Medien. «Die einen gehen langsamer, die anderen schneller. Aber das Ziel ist immer dasselbe: Wir wollen den nächsten Generationen eine Schweiz überlassen, die wir auch lieben.» Dem Komitee angeschlossen haben sich Parlamentarierinnen und Parlamentarier von SP, FDP, Mitte-Partei, Grüne, Grünliberale und EVP. Aber auch Unternehmen wie Ikea oder Novartis gehören dem Komitee an. «Diese breite Allianz ist unsere Stärke», sagte Müller. Um das CO₂-Gesetz sei im Parlament hart gerungen worden. Das Resultat sei ein guter Kompromiss: «Dass das Gesetz gerade von der extremen Linken sowie der SVP bekämpft wird,



(Symbolfoto: Shutterstock)

zeigt, dass eine ausgewogene Lösung vorliegt.»

Abgabe soll an Bevölkerung gehen

Das CO₂-Gesetz basiert auf dem Verursacherprinzip. Wer das Klima mehr belastet, bezahlt auch mehr. So beinhaltet das Gesetz etwa eine Erhöhung des Treibstoffpreises um zwölf Rappen pro Liter sowie eine Flugticketabgabe von 30 bis 120 Franken. Gerechnet wird mit durchschnittlich rund 60 Franken mehr pro Flug. Diese Mehreinnahmen sollen in Form eines Klimafonds, der unter anderem Gebäudesanierungen unterstützt, zurück an die Bevölkerung und die Wirtschaft gehen. 90 Prozent der Bevölkerung werde

gleich viel zurückbekommen, wie sie für die Klimaabgabe ausbebe, sagte SP-Nationalrätin Gabriela Suter (AG). Die Rückverteilung erfolge pro Person, kinderreiche Familien würden entsprechend am meisten profitieren. Das Gesetz sei also durchaus sozialverträglich. CVP-Nationalrätin Christine Bulliard-Marbach (FR) erinnerte daran, dass die Berggebiete am meisten unter den Folgen des Klimawandels leiden würden. Bulliard-Marbach ist Präsidentin der Arbeitsgemeinschaft für das Berggebiet. Durch den Fonds würden die ländlichen Gebiete unterstützt. Davon profitiere auch der Wintertourismus. Mit dem CO₂-Gesetz verbunden seien

auch Chancen für die Schweiz, führte Jürg Grossen, Berner Nationalrat und Präsident der Grünliberalen Partei, aus. «Die Innovationskraft des Gesetzes ist gross»: Als Clintec-Standort habe die Schweiz die besten Voraussetzungen, international an die Spitze zu kommen. Gesundheitspolitische Argumente legte EVP-Nationalrätin Lilian Studer (AG) in die Waagschale: «Der Verzicht auf fossile Energien bringt uns eine sauberere Luft - und entsprechend weniger Erkrankungen der Atemwege und des Herzkreislaufsystems.» Weniger fossile Energie reduziere zudem die Lärmemissionen und bremse den kontinuierlichen Anstieg der Temperaturen. Dass Hitzewellen wie

im Sommer 2013 zu mehr Hitzetoten führten, sei statisch erwiesen. Schlussendlich werde eine Ablehnung des CO₂-Gesetzes die Schweiz mehr kosten als eine Annahme, sagte die Grüne Nationalrätin Delphine Klopfenstein (GE). Extreme Wetterlagen würden zeigen, dass die Zeit knapp werde. «Wir müssen heute handeln, um gefährliche, unumkehrbare und teure Folgen der Klimakrise zu verhindern.»

Breite Allianz für das CO₂-Gesetz

Dem Ja-Komitee angeschlossen haben sich auch der Städteverband, der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse, die Schweizerische Bankiervereinigung, der Schweizerische Versicherungsverband, TCS, VCS und Umweltorganisationen. Am vergangenen Donnerstag waren zudem über hundert Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen mit einem Appell für ein Ja zum CO₂-Gesetz an die Öffentlichkeit getreten. Gegen das CO₂-Gesetz sind die SVP, Verbände wie Handel Schweiz, Gastrosuisse, der Hauseigentümerverband, der Gewerbeverband Zürich sowie die Automobilverbände und die Verbände der Mineralölwirtschaft. Sie bezeichnen die Vorlage als zu teuer und unnötig. Die Schweiz hat sich mit der Unterzeichnung des Pariser Klimaabkommens verpflichtet, ihre Treibhausgasemissionen bis 2030 im Vergleich zum Niveau von 1990 zu halbieren. Mindestens drei Viertel der Reduktion soll in der Schweiz erfolgen. (sda)

Universität Liechtenstein

Aus- und Weiterbildung für Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte

VADUZ Der Lehrstuhl für Gesellschafts-, Stiftungs- und Trustrecht, vertreten durch Dr. Alexandra Butterstein LL.M., Assistenzprofessorin, startete vergangene Woche erfolgreich mit 27 Teilnehmenden die neue Aus- und Weiterbildung speziell für in Liechtenstein tätige Juristinnen und Juristen. Mit diesem Aus- und Weiterbildungsangebot für Juristinnen und Juristen bietet die Universität Liechtenstein in Kooperation mit der liechtensteinischen Rechtsanwaltskammer eine fundierte und spezifische Weiterbildung für diesen Berufszweig an, um spezielle Fachkenntnisse und Qualifikationen in den verschiedenen liechtensteinischen Rechtsgebieten zu erlangen, aufzufrischen und zu vertiefen. Zugleich werden hierbei die Konzipientinnen und Konzipienten bei der Vorbereitung auf die liechtensteinische Rechtsanwaltsprüfung unterstützt. Das konzeptionell mit der liechtensteinischen Rechtsanwaltskammer ausgearbeitete Weiterbildungsformat stiess in den ersten drei Tagen des Moduls 1 auf sehr positive Resonanz bei den Teilnehmenden.

Experten-Know-how

Die Referenten als ausgewiesene Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis stellen sicher, dass



V.l.: Lic. iur. Diana Hilti, Dr. Robert Schneider, Dr. Alexandra Butterstein, Dr. Eric Heinke, Mag. iur. Petra Schwärzler. (Fotos: ZVG)

die Teilnehmenden theoretisch fundiertes und gleichzeitig praxisorientiertes Wissen erwerben. Der Lehrstuhl für Gesellschafts-, Stiftungs- und Trustrecht und die liechtensteinische Rechtsanwaltskammer freuen sich, dass als renommierte Referentinnen und Referenten im Modul 1 mit den Schwerpunktthemen Staats- und Verfassungsrecht, Verwaltungsrecht und Ständesrecht Dr. iur. Tobias M. Wille, Dr. iur. Andrea Entner-Koch, LL.M., Prof. Dr. rer. publ. Dr. iur. h. c. Andreas Kley, lic. iur. Andreas Batliner und lic. iur. HSG Adrian Rufener, sowie Dr. iur. Robert Schneider, lic.

iur. Diana Hilti, Dr. Eric Heinke und Dr. Michael Jehle, LL.M. gewonnen werden konnten.

Modul 2 – Schwerpunkt Zivil- und Insolvenzrecht
27./28./29. Mai 2021, 8.15 bis 17.30 Uhr,
Auditorium, Vaduz, Universität Liechtenstein

Informationen unter:
www.uni.li/ra-weiterbildung

ANZEIGE

UNIVERSITÄT LIECHTENSTEIN

Schweizer Aktienmarkt

Zürcher Börse schliesst am Dienstag mit Verlusten

ZÜRICH Der Schweizer Aktienmarkt hat am Dienstag die Talfahrt beschleunigt, die bereits seit vergangener Freitag anhält. Gebremst wurde der SMI durch die UBS und die defensiven Schwergewichte. Das Geschäft konzentrierte sich auf die Aktien der Unternehmen, mit frischen Zahlen, sagte ein Händler. Ansonsten sei der Markt eher von einer abwartenden Haltung geprägt. «Die Marktteilnehmer warten auf Impulse für die nächste Aufwärtsbewegung.» Die Lage sei ruhig, die Volumen seien sehr dünn, sagten Händler. Doch die Impulse seien wohl erst nach dem Zinsbeschluss der US-Notenbank Fed an diesem Mittwoch und der Quartalsergebnisse von Facebook und Apple zu erwarten. Von der Fed dürften nach Ansicht von Analysten keine Überraschungen kommen. Zudem gehe der bange Blick nach Asien, wo die Corona-Infektionszahlen vor allem in Indien in die Höhe schneitten. Kaum Auswirkungen hatten Konjunkturdaten aus den USA, wo das US-Verbrauchertrauen sich im April deutlicher aufgehellt hat als erwartet. Der Privatkonsum ist das Rückgrat der US-Wirtschaft. Der SMI schloss 0,63 Prozent tiefer auf 11 092,08 Punkten. «Wir sind aber immer noch über 11 000 Punkten», betonte ein Händler. Das Niveau sei immer noch relativ hoch. Der SLI, in dem die 30 wichtigsten Aktien enthalten sind und in dem die Gewichtung der einzelnen Titel gekappt ist, fiel um 0,57 Prozent auf 1800,71 Zähler, und der breite SPI um 0,62 Prozent auf 14 286,89 Punkte. Bei den Blue Chips gaben 19 Titel nach, 10 zeigen Gewinne und ein SGS schloss unverändert.

Grossbanken im Blick

Von den SMI-Konzernen standen UBS (minus 2,0 Prozent) im Zentrum des Interesses. Die Grossbank hat zwar den Gewinn im ersten Quartal auf 1,8 Milliarden Dollar gesteigert. Aber die Pleite des US-Hedgescrums Archegos hat auch dem grössten Schweizer Geldhaus einen Strich

durch die Rechnung gemacht. Das Debakel zog den Reingewinn der UBS um 434 Millionen Dollar nach unten. Dagegen kletterten die Titel von Rivalin Credit Suisse um 2,0 Prozent nach oben. Die Aktien der Nummer zwei vom Paradeplatz würden erstmals wieder von Umschichtungen aus UBS und Julius Bär (minus 0,4 Prozent) profitieren, sagte ein Händler. In den letzten Wochen waren die Gelder in genau die umgekehrte Richtung geflossen. Weitere Händler sagten, möglicherweise stärke die CS-Aktie nun die längst überfällige Gegenbewegung. Optisch wiesen Swiss Life mit minus 5,5 Prozent oder 26 Franken das grösste Minus aller SMI-Titel aus. Allerdings wurde die Aktie des Lebensversicherers ex-Dividende von 21 Franken gehandelt. Auch die anderen Finanztitel wie Zurich (minus 0,8 Prozent) und Swiss Re (minus 1,1 Prozent) gaben nach. Kühne+Nagel mussten ebenfalls einen Rückschlag hinnehmen (minus 2,1 Prozent). Allerdings hat die Aktie des Logistikkonzerns im laufenden Jahr schon rund 40 Prozent an Wert gewonnen. «Kein Wunder kommt es zu Gewinnmitnahmen», sagte ein Händler. Auch bei LafargeHolcim (minus 1,4 Prozent), Swatch (minus 2,4 Prozent) und Richemont (minus 1,4 Prozent) machten Investoren Kasse. Novartis sanken um 1,6 Prozent. Dem Pharmakonzern Novartis hat das schwache Abschneiden der Generika-Sparte Sandoz im ersten Quartal zu schaffen gemacht. Aber auch im restlichen Geschäft machte sich die anhaltende Coronapandemie bemerkbar. Die Menschen scheuen sich, zum Arzt zu gehen, was auf den Absatz von Medikamenten drückt. Der Kern-Betriebsgewinn fiel schlechter aus, als vom Management in Aussicht gestellt, und lag auch knapp unter dem AWP-Konsens der Analysten-Schätzungen. Rivalin Roche sanken um 0,4 Prozent. Das dritte Schwergewicht Nestlé büsste 0,4 Prozent ein. (apa/dpa-afx)

Inserate

MPSC Mobile Payments Service Center AG in Liquidation, Triesen

Laut Beschluss des obersten Organs vom 13. 4. 2021 wurde die Gesellschaft aufgelöst und befindet sich in Liquidation. Allfällige Gläubiger werden aufgefordert, ihre Ansprüche unverzüglich beim Liquidator anzumelden.

Der Liquidator

Nexia Holding Aktiengesellschaft, Ruggell

Laut Beschluss der a. o. Generalversammlung vom 7. 4. 2021 tritt die Firma in Liquidation. Allfällige Gläubiger werden aufgefordert, ihre Ansprüche unverzüglich anzumelden.

Der Liquidator

RIAVO ANSTALT, Vaduz

Durch Beschluss vom 16. Februar 2021 ist die RIAVO ANSTALT, Vaduz in Liquidation getreten. Allfällige Gläubiger werden aufgefordert, ihre Ansprüche binnen 90 Tagen beim Liquidator anzumelden.

Der Liquidator